

“Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein?! Krieg - Mittel der Politik?": ein Streitgespräch, Tagung “Kirche und Pazifismus”, Evangelische Akademie Bad Boll, 13.3.1994

Hans-J. Fischbeck, Annemarie Müller, Johann Scheffler, Thomas Schulz, Christoph Weller

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Fischbeck, Hans-J., Annemarie Müller, Johann Scheffler, Thomas Schulz, and Christoph Weller. 1994. “Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein?! Krieg - Mittel der Politik?": ein Streitgespräch, Tagung ‘Kirche und Pazifismus,’ Evangelische Akademie Bad Boll, 13.3.1994.” *epd-Dokumentation* 1994 (30): 57–74.



Zentralredaktion des
Evangelischen Pressedienstes
in Frankfurt am Main.
Redaktionsbüros
in Bonn und Genf.

Landesdienste in Berlin,
Düsseldorf, Frankfurt am
Main, Hannover, Karlsruhe,
Kassel, Kiel, München,
Speyer, Stuttgart.

Nr. 30/94

11. Juli 1994

● Ex-Jugoslawien ● Somalia ● Ruanda:

Die christlichen Pazifisten suchen nach nichtmilitärischen Ansätzen

Seit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts und der damit verbundenen umfassenden atomaren Drohung ist es um die ein Jahrzehnt lang laut vernehmbare Friedensbewegung relativ still geworden; und die bisher mehr oder weniger gescheiterten Versuche, Kriege wie die oben genannten durch Druck von außen zu verhindern oder zu beenden, haben eher den Ruf nach militärischen Lösungen verstärkt. Dennoch haben die entschiedenen Verfechter der Gewaltfreiheit keineswegs aufgegeben: Die radikalen Pazifisten der protestantischen Gruppe "Ohne Rüstung leben" vertreten so nachhaltig wie immer ihre friedensethischen Positionen. Die vorliegende Ausgabe belegt dies mit Texten einer Tagung, die im März gemeinsam mit und in der Evangelischen Akademie Bad Boll veranstaltet wurde:

**"Kirche und Pazifismus -
Frieden entwickeln im politischen und konziliaren Prozeß."**

"Kirche und Pazifismus / Frieden entwickeln im politischen und konziliaren Prozeß": Eine Tagung mit diesem Titel über aktuelle Bedeutung und Möglichkeiten pazifistischer Arbeit veranstaltete die Evang. Akademie Bad Boll vom 11. bis zum 13. 3. in Zusammenarbeit mit der christlich-pazifistischen Gruppe "Ohne Rüstung leben" und der Gesellschaft für polit. Ökologie. Diese *epd-Dokumentation Nr. 30/94* zählt zugleich als *Protokolldienst Nr. 12/94 der Evang. Akademie Bad Boll*.

Pazifismus

- | | |
|---|----------|
| - Das Programm der Tagung | Seite 75 |
| - Pfr. i.R. Werner Dierlamm, "Ohne Rüstung leben":
Zur Einführung | 1 |
| - Hartmut Gehlert, Lotte Rodi, Hermann Schäufele,
Renate Wanie, Beate Roggenbuck:
"Pazifismus im Kreuzverhör", eine Diskussion
Statements von Rodi (S. 3), Schäufele (5), Wanie (7),
Gehlert (8); Auszüge aus der Diskussion (S. 10). | 3 |
| - Pfr. i.R. Wolf-Dietrich Hardung: Andacht | 17 |
| - Pfr. Dr. Rainer Strunk, Kreis "Offene Kirche":
"Verlaßt euch nicht auf Gewalt", bibl. Orientierung
(Auszüge aus einer Diskussion dazu auf Seite 30) | 19 |
| - Prof. Dr. Andreas Buro, "Komitee für Grundrechte
und Demokratie":
"Oliv, blau oder ohne Helm? - Möglichkeiten und
Grenzen gewaltfreien Eingreifens", Referat | 30 |
| - Sechs Arbeitsgruppen zu pazifistischen
Handlungsansätzen: Berichte
AG 1: "Ziviler Friedensdienst - ein neues Mittel für eine neue
Politik?" (Seite 43)
AG 2: "Helsinki Citizens Assembly - Internationale Bürgerver-
sammlung für ein Europa von unten" (S. 43)
AG 3: "Krieg auf dem Balkan - Einmischen für den Frieden" (47)
AG 4: "Entrüstet Daimler - ein Beitrag zur Konflikt-
vorbeugung" (S. 52)
AG 5: "Shalom-Dienste - eine konkrete Perspektive für den
konziliaren Prozeß" (S. 55)
AG 6: "Eingreifen unter Androhung und Ausübung von Gewalt?
(Barmer Bekenntnis)" (S. 56) | 43 |
| - Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Annemarie Müller,
Johann Scheffler, Thomas Schulz, Christoph Weller:
"Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein?!
Krieg - Mittel der Politik?", ein Streitgespräch | 57 |
-

Hans-J. Fischbeck, Annemarie Müller, Johann Scheffler, Thomas Schulz, Christoph Weller:

"Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein?!"

Krieg - Mittel der Politik?"

Ein Streitgespräch, Tagung "Kirche und Pazifismus", Ev. Akademie Bad Boll, 13. 3. 1994. Dr. Hans-Jürgen Fischbeck arbeitet an der Ev. Akademie Mülheim, A. Müller aus Dresden vertritt den "Konziliaren Prozeß", J. Scheffler ist Militärdekan, Hauptmann Schulz kommt aus Stuttgart, Gesprächsleiter Weller gehört zu "Ohne Rüstung leben".

WELLER: Mir scheint, daß in der Themenstellung für dieses Streitgespräch die Fragezeichen und Ausrufezeichen, die Satzzeichen am wichtigsten sind. Man könnte fortsetzen: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein, aber er findet trotzdem statt. Daraus stellt sich die Frage für uns auf dem Podium: Was halten wir davon, wenn Krieg trotzdem ist? Wie halten wir es mit dem Krieg? Krieg - Mittel der Politik? Darüber sollen und können wir heute hier streiten.

Wir haben eine Sache zu erörtern, die nicht neu ist. Mir ist bei der Vorbereitung ein kleines Buch in die Hand gekommen, das älter als zehn Jahre ist. Damals haben sich Leute wie Baudissin, Brackelmann, Heiner Geißler, Ulrich de Maizière, Eberhard Stammler und Kurt Sontheimer über die "Abschaffung des Krieges" Gedanken gemacht. Daß wir zwar heute in einer neuen politischen Situation, einer neuen internationalen Umwelt leben, macht vielen Hoffnung, und dafür gibt es auch Gründe. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Frage des Krieges - im Grunde schon immer, seit es den Krieg gibt - grundlegend bedacht und auch die Abschaffung des Krieges überlegt wurde.

Für die neue Situation heute aber gibt es noch ein anderes Heft, diesen blauen Ausdruck von "Ohne Rüstung leben", in dem die Kundgebung der Sitzung des Rates der EKD abgedruckt ist. Die EKD gibt uns - so steht es darin - "Orientierungspunkte" für die Diskussion über Friedensethik und Friedenspolitik. Sie nennt es "Schritte auf dem Weg des Friedens". Im Vorwort dieser Schrift - ich sage mal - behauptet der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Engelhardt, daß sich ein "neuer friedensethischer Konsens" abzeichne. Ich bin gespannt, ob wir diesen Konsens hier darstellen können, oder ob wir feststellen müssen, daß es ihn vielleicht doch nicht gibt. Ich habe meine Zweifel, ob Herr Engelhardt in der Frage des Konsenses Recht hat.

Aus seiner Sicht besteht der Konsens aus seiner Sicht in drei Punkten:

1. Es geht um eine Ordnung des Friedens unter der Herrschaft des Rechts.
2. Vorrang haben bei der Bewahrung, Wiederherstellung und Förderung des Friedens Wege und Mittel, die auf den Einsatz von

Gewalt und die Ausübung von Zwang so weit wie möglich verzichten.

3. Der Einsatz militärischer Gewalt zur Wahrung des Friedens und zur Durchsetzung des Rechts stellt die äußerste Erwägung und Maßnahme dar, die Ultima ratio.

Wenn darüber möglicherweise doch Konsens besteht, dann m. E. vor allem darum, weil diese Sätze wenig prägnant, ja fast so allgemein sind, daß sie wohl beinahe jede und jeder unterschreiben könnte. Diese Sätze sind zwar nicht unchristlich, aber doch auch nicht spezifisch christlich. Wenn man - und zumindest dürfte man das in dem Text der EKD erwarten - nach den spezifisch christlichen Orientierungspunkten sucht, wird man sehr schnell enttäuscht sein. Sie reduzieren sich nämlich auf einige Punkte in der Einleitung und stehen völlig unverbunden mit dem nachfolgenden Text. Diese Punkte heißen:

"Der besondere Beitrag der Kirchen und der Christen bleibt das Gebet um den Frieden, die Botschaft von der versöhnenden Liebe Gottes und die Tat der Nächsten- und Feindesliebe."

Ob sich daraus - und wenn ja, wie - Orientierungspunkte für eine Friedenspolitik ableiten lassen, bleibt m. E. das Geheimnis der 20 Männer und Frauen, die als "Kammer für öffentliche Verantwortung" diesen Text ausgearbeitet haben. Nach meinem Geschmack könnte ein bißchen mehr biblische Orientierung bei einem solchen Thema nicht schaden. So will ich hier mit der Frage nach der biblischen Orientierung einsetzen, wenn wir uns über die Friedenspolitik Gedanken machen.

Meine erste Frage an die Teilnehmer des Podiums ist: Was sind für Sie die zentralen biblischen Richtmarken, wenn Fragen nach Krieg, Frieden und Gewalt beantwortet werden müssen? Ich möchte diese Frage zuerst Herrn Scheffler stellen.

SCHEFFLER: Für mich wurden drei Textstellen aus der Bibel entscheidend, daß ich als Pfarrer aus der Gemeindegemeinschaft in die Militärseelsorge gegangen bin: zum einen die Textstellen im Neuen Testament, die uns Christen deutlich machen, daß die Botschaft des Evangeliums die Botschaft des Friedens ist. Gerade die Jahreslosung aus dem Epheser-Brief für dieses Jahr gehört für mich in diesen Textzusammenhang: "Christus ist unser Friede." Menschen, die wenig von Kirche, Bibel und Evangelium wissen - davon gibt es in unserem Land ja immer mehr -, haben trotzdem noch eine Ahnung davon, daß in der Weihnachtsbotschaft der Frieden auf der Erde allen Menschen angesagt ist; und im Gottesdienst erinnern wir uns daran, daß "Gottes Friede höher ist als all unsere Vernunft". Was heißt das für mich? Gott hat in Jesus Christus mit uns Menschen Frieden gemacht. Daraus folgt, daß wir Menschen auch friedensfähig und zum Frieden in der Gestaltung der Ordnungen, in denen wir miteinander leben, aufgerufen sind - im kleinen, überschaubaren familiären Bereich ebenso wie in der Ordnung zwischen Gruppen, Staaten, Nationen und Völkern. Ich habe die Diskussionen um die Frage, ob der Mensch a priori böse oder gut ist,

verfolgt. Ich muß sagen, das ist zweitrangig. Entscheidend ist, daß Gott mit den guten oder bösen Menschen Frieden geschaffen hat, die durch die Botschaft von Jesus Christus zum Frieden aufgerufen und zum Frieden fähig geworden sind.

Die zweite biblische Grundlage ist für mich das fünfte Gebot: "Du sollst nicht töten!" In meinem Beruf als Pfarrer habe ich mit Menschen zu tun, die an der Waffe ausgebildet werden. Denen sage ich, was mir wichtig ist: "Du sollst nicht töten" gilt uneingeschränkt für jeden. Es gibt keine Ausnahme, kein Prinzip (auch nicht das von Befehl und Gehorsam), das das fünfte Gebot außer Kraft setzt. Daraus entstehen Schwierigkeiten für Menschen, die die Waffe zu beherrschen lernen. Das gilt nicht nur für den Soldaten, sondern auch für den Polizeibeamten. "Du sollst nicht töten", so sage ich dann weiter, und das ist mir wichtig, impliziert aber auch: "Du sollst nicht zulassen, daß getötet wird." Das sind dann Konsequenzen, über die wir hier auch schon nachgedacht haben, z. B. wie das im Blick auf den Balkan aussieht. "Du sollst nicht töten" - ich erinnere daran, was Martin Luther im Kleinen Katechismus als "Erklärung" zu diesem fünften Gebot geschrieben hat: "Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir unserm Nächsten an seinem Leibe keinen Schaden noch Leid tun, sondern ihm helfen und fördern in allen Leibesnöten." Das ist die positive Interpretation, die auch für die gilt, die die Waffe beherrschen. Für den Soldaten heißt das in der Konsequenz: Er hat nicht den Auftrag, Krieg zu führen, welche Art von Krieg auch immer. Er hat den Auftrag, die Menschen, uns und sich vor dem Krieg zu schützen. Das ist meine ethische Forderung, die - wenn wir weiterdiskutieren - in Politik, in rechtliche Strukturen umzusetzen ist.

Als letztes ist mir Jesu Gebot der Bergpredigt - das Gebot der Feindesliebe - ganz wichtig: "Liebet eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen." Ich lese und interpretiere beide Imperative zusammen. Man kann den einen ohne den anderen nicht denken. "Liebet eure Feinde" - ja; aber wie diese Feindesliebe zu praktizieren ist, ist im zweiten Imperativ gesagt: "und betet für die, die euch verfolgen." Das Gebet für den Feind ist für mich der erste große Schritt zur Entfeindung. Jesus gesteht zu, daß es Feinde gibt; aber er zeigt uns den Weg, daß wir zugeben - nachdem wir den Feind als Feind erkannt haben -, daß wir selbst dem Feind zum Feind geworden sind. Im Gebet für den Feind kann der erste Schritt der Entfeindung geschehen; und noch besser: Die Feinde beten miteinander. Zwar mag der Sachgrund der Feindschaft noch nicht überwunden sein, aber die Feindschaft. Wer miteinander betet, wird auch sachliche Wege finden, den Konfliktgrund zu lösen. Deswegen ist für mich - neben den genannten Friedensverpflichtungen der Bibel das Gebot der Feindesliebe die biblische Grundlage, von der her ich meine Existenz, mein Credo als Christ und meine Arbeit als Pfarrer verstehe.

MÜLLER: Ich bin zwar keine Theologin und kann keine Bibelstellen zitieren, aber ich kann Ihnen von meiner Erfahrung mitteilen. In der DDR habe ich Anfang der achtziger Jahre in Gruppen begonnen, Friedensarbeit zu tun, weil wir gespürt haben, wie militarisiert

wir sind. An vielen Orten in der DDR - und eben auch in Dresden - fanden sich Männer und Frauen zusammen, die sagten: Wir müssen dem etwas entgegensetzen. Wir redeten nicht darüber, warum wir das tun, sondern wir kamen alle aus ähnlichen Erfahrungen und Bedürfnissen heraus. Wir merkten, was Gemeinschaft in bedrohlichen Situationen bedeutet. In Dresden Ende der achtziger Jahre spürte ich in Gottesdiensten, Bittgottesdiensten oder anderen Veranstaltungen, daß unser Weg richtig ist, weil in diesen Gottesdiensten ein unbeschreiblicher Geist wehte. Gerade die ökumenische Versammlung war für mich so ein Punkt, bei dem ich spürte: Ich muß nicht unbedingt fragen, warum das so ist, sondern ich kann meine Erfahrungen weitertragen. Die Erfahrung, Frieden zu leben, heißt für mich, den Menschen zu achten; das hat Jesus uns vorgelebt. Für mich gibt es überhaupt keine andere Möglichkeit, miteinander zu leben, als aus dieser Achtung vor dem Menschen, aber auch vor dem sich um uns befindenden Leben (Pflanzen und Natur) Friedensarbeit zu leisten.

FISCHBECK: Ich möchte in meiner Stellungnahme beginnen mit einer kleinen Kontroverse mit einem Mitglied der "Kammer für öffentliche Verantwortung", mit Günther Brakelmann, von dem ich einen Aufsatz gelesen habe. Darin bezeichnet er es als Illusion, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sei, und er zweifelt auch diesen Spitzensatz - "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein" - an, der heute unser Thema ist. Bei ihm findet sich der erstaunliche Satz: "Der Welt- und Geschichtswille Gottes ist uns nirgends mitgeteilt." Ich lese die Bibel ganz anders. Für mich steht eines der wichtigsten Worte der Bibel, in denen mir der Geschichtswille Gottes sehr eindeutig mitgeteilt ist, in der Bergpredigt, Mt 6,33. Dort heißt es: "Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch das andere alles zufallen." Damit ist die Richtungsangabe sowohl für mich selbst als auch für die Geschichte gegeben. Pazifismus ist ein Trachten nach dem Reich Gottes, das zuerst stehen soll. Deswegen teile ich das Bedauern darüber, daß in den "Orientierungspunkten" dieses spezifisch Christliche so wenig zum Tragen kommt. Daß es spezifisch christlich ist, entnehme ich daraus, daß in dem gleichen Zusammenhang: "Sorget nicht, das tun die Gottlosen." Mit "Sorge" ist Vorsorge für die Zukunft gemeint. Im weiteren Sinne könnte man auch die Sorge für Sicherheit - also auch militärische Vorsorge - dazurechnen. "Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit." Das ist eine andere Gerechtigkeit. Nun steht in diesem Aufsatz, daß diese Gerechtigkeit des Reiches Gottes illusionär ist. In unserer Diskussion klang das schon an, indem wir auf die "realistische Anthropologie" Bezug genommen haben. Aber ich glaube nicht, daß das Wort "Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit" auf eine irrealen, ferne, überhaupt nie erreichbare Zukunft oder auf das Jenseits verweist, sondern auf mögliche geschichtliche Wirklichkeit. Ich weiß mich einig mit Carl-Friedrich von Weizsäcker, der gesagt hat: Könnte es nicht sein, daß das Reich Gottes in unsere Geschichte eintritt, wenn wir nur bereit wären, es zuzulassen?

SCHULZ: Vor sieben Jahren hatte ich ein Erlebnis, daß mich nicht nur tief verunsichert hat, sondern es immer noch tut, wenn es darum geht, mit Bibelzitate zu arbeiten. Wir hatten an der Universität einen Vortrag von Professor Dr. Pinchas Lapide, der sehr sorgfältig und dezidiert nachgewiesen hat, daß im Christentum viele Stellen der Bibel - gerade aus der Bergpredigt oder den zehn Geboten - falsch übersetzt oder interpretiert wurden. Aber nach dem, was ich aus Religions- oder Konfirmandenunterricht, aus lebenskundlichem Unterricht bei Militärpfarrern mitgenommen habe und was mich als Soldaten in der evangelischen Kirche natürlich immer wieder bewegt - und die evangelische Kirche macht es einem als Soldaten nicht leicht -, besteht der Grundkonflikt darin: Was bewerten wir höher - den Frieden oder die Menschenrechte? Ist uns der Friede wichtiger, auch wenn es zur Not ein Friedhofsfriede ist? Oder geht es, wenn es um das Leben geht, darum - und das ist der zweite wichtige Aspekt im Neuen Testament -, daß mit "Leben" immer ein menschenwürdiges Leben gemeint ist?

Wenn ich als Soldat in einer Demokratie eingesetzt werde, komme ich aus dieser Situation nicht mehr ohne Schuld heraus. Bei einem bewaffneten Konflikt stehe ich vor der Alternative: Entweder schaue ich zu oder erlebe zumindest mit, wieviele Leute umkommen; dann lade ich aber auch Schuld auf mich. Oder ich überlege, ob ich die Möglichkeit habe, zur Not mit der Waffe in der Hand Schlimmeres zu verhindern. Auch aus dieser Situation werde ich nicht ohne Schuld herauskommen. Darüber, daß dieses soldatische Dilemma besteht, sollte sich jeder im klaren sein, der den "grauen Rock" anzieht.

Der Begriff "Streitkräfte in der Demokratie" ist für mich ganz wichtig. Ich störe mich immer daran, daß "das" Militär auf der ganzen Welt als ein Begriff hingestellt wird. Ich sage noch einmal: Als Soldat in der Demokratie kann ich in eine Situation hineinkommen, wo mir der Krieg aufgezwungen wird. Vergleiche hinken immer, aber ich wage trotzdem den mit Somalia. Es gab einen fürchterlichen Bürgerkrieg; aber es gab vor einem Jahr auch ganz ermutigende Bilder. Sie erinnern sich alle daran, daß auf diesem weißen Bungalow Ali Mahdi und Aidit einen Vertrag unterschrieben, daß sie bereit wären, in Somalia die Versorgung von Gütern zuzulassen, daß die Waffen schweigen und sie sich entwaffnen würden. Wenn die beiden sich an diese Spielregeln gehalten hätten, hätte Militär nur die Rolle gehabt, zu entwaffnen. Es wären freie Wahlen durchgeführt worden, und wir als Militär wären wieder verschwunden. Dann hätten vor allem die nichtstaatlichen Organisationen oder die UNO helfen können, daß dieses Land auf den Weg zur Demokratie kommt. In dem Moment, wo jemand meint, er müsse sich nicht an diese Spielregeln halten, indem er in massiver Weise erstens diese Verträge und zweitens alle Regeln der Menschenwürde verletzt, stehe ich als Soldat wieder vor dem Dilemma, das ich angesprochen habe.

N. N.: Eine Anfrage an Herrn Schulz. Welche Stellen hat Pinchas Lapide in seiner Bergpredigt-Exegese anders ausgelegt, als sie bisher hier in unserem Kreis bekannt sind?

MÜLLER: Herr Schulz hat einen Unterschied zwischen Frieden und Menschenwürde gemacht. Ich hätte gerne geklärt, worin der Unterschied besteht. Vielleicht müssen wir etwas genauer über Definitionen reden.

SCHULZ: Ich kann aus dem Gedächtnis heraus zwei Aussagen von Lapide nennen, die mir in Erinnerung geblieben sind. Zu einen ging es um folgenden Vergleich: "Wenn dir jemand auf die linke Wange schlägt, sollst du auch die rechte hinhalten." Ich kann jemanden nur mit einem Handruckschlag auf die rechte Wange schlagen; und das ist in der arabischen, in der jüdischen Kultur eine ausdrückliche Demütigung. Dieser Akt - sagt Lapide - sei symbolisch zu verstehen; und wenn ich jemandem die andere Wange hinhalte, demütige ich ihn noch mehr. Er habe starke Zweifel, ob es tatsächlich so wörtlich zu nehmen sei - sich zusammenschlagen zu lassen und nicht darauf zu reagieren. So sei Sicherheit nicht zu verstehen.

Die zweite Auslegung, die mir in Erinnerung geblieben ist, sagt: Im jüdischen Originaltext bei den zehn Geboten steht nicht, "Du sollst nicht töten", sondern "Du sollst nicht morden". Mord geschieht immer aus Niedertracht, aus Heimtücke oder aus Habgier.

Ist Friede nur möglich, wenn die Menschenrechte verwirklicht sind? In China herrschen auf den ersten Blick Ruhe und Frieden, weil viele Demokratiegruppen erdrückt werden. Verzicht auf die Durchsetzung der Menschenrechte um des "lieben Friedens willen"? Oder sind die Menschenrechte wichtiger, und deswegen kann es auch Konflikte geben, in denen man zur Waffe greift, um schließlich Menschenrechte durchzusetzen? Geht es also um die Bewertung, welcher dieser beiden angesprochenen Werte wichtiger wäre, dann entsteht der Konflikt, von dem ich gesprochen habe. Prinzipiell ist Friede nach meiner Überzeugung nur möglich, wenn Menschenrechte verwirklicht sind.

WELLER: Aus den Worten und Werken Jesu wird eine starke Tendenz zur Gewaltlosigkeit deutlich. Viele christliche Pazifistinnen und Pazifisten nehmen das als eine zwingende Absage an jegliche Gewaltanwendung. Damit läßt sich jedoch kein Konzept für eine gerechte überlebensfähige und friedlichere Welt bauen. Aber diese starke Tendenz zur Gewaltlosigkeit könnte so verstanden werden, daß es die Aufgabe von Christinnen und Christen und der Kirchen ist, Gewaltanwendung immer und immer wieder in Frage zu stellen und gewaltfreie Alternativen aufzuzeigen. Daraus ergibt sich die Frage: Kann und soll es überhaupt Aufgabe von Christinnen, Christen und Kirchen sein, ein realistisches, umsetzungsfähiges Konzept für eine organisierte militärische Gewaltanwendung - für welche Zwecke auch immer - vorzulegen? Die EKD-Schrift beantwortet die Frage so: "Als Bürger (und Bürgerinnen) stehen die Christen vor der Aufgabe, zu prüfen und verantwortlich mitzuentcheiden, welche konkreten Handlungsmöglichkeiten zur Bewahrung, Förderung und Erneuerung des Friedens zu ergreifen sind. Es gehört zum Dienst der Kirche, Hilfe zur ethischen Urteilsbildung anzubieten."

Herr Schulz, kann und soll es überhaupt Aufgabe von Christinnen und Christen sein, realistische Konzepte für militärische Gewaltanwendung vorzulegen?

SCHULZ: Sie setzen Christen gleich evangelische Kirche. Es gibt ja auch noch andere. Katholiken oder Anglikaner zählen sich ebenfalls zu den Christen, vertreten zum Teil andere Ansätze. Deswegen gibt es auch innerhalb des Christentums einen sehr breiten Ansatz. Aber wenn es uns tatsächlich aufgegeben ist, diese Welt zu verwalten und zu verbessern, dann geht es nur mit einem klaren Realitätsbezug. Auf der Welt existieren zur Zeit 52 Konflikte, die militärisch ausgetragen werden. Daher ist es unsere Pflicht, davor nicht die Augen zu verschließen.

MÜLLER: Wir haben über dieses Thema in der letzten Zeit viel nachdenken müssen. Bei der Ökumenischen Versammlung in der DDR wurde deutlich: Die vorrangige Option für Gewaltfreiheit ist eine der drei wichtigsten Optionen. Ich habe das so verstanden, daß wir Christen es als Aufgabe sehen, erst über Gewaltfreiheit nachzudenken. Was ich jetzt in der EKD-Schrift lese, heißt: Das Wort "vorrangig" wird plötzlich umgedreht. Es wird nicht mehr gesagt, es sei die erste Aufgabe, "Gewaltfreiheit" zu sagen, sondern wir müssen auch über die Ultima ratio nachdenken. Ich möchte noch einmal unterstreichen, was Herr Buro gestern sagte: Wenn wir anfangen, über eine Ultima ratio nachzudenken, kalkulieren wir das Militär mit ein. Die Kirche hat zum Glück nicht die Aufgabe, darüber zu entscheiden, daß Militär Kriege führen muß, sondern sie hat - für mich - die ethische Aufgabe, auch ein Stück Vision zu verbreiten. Diese Chance hatten wir im Osten Deutschlands, weil wir eine deutliche Trennung zwischen Staat und Kirche hatten. Aus diesem Grunde hatten wir auch die Chance, Dinge zu äußern, die nicht unbedingt politikfähig sein mußten.

1988 war ich in Stuttgart bei der Ökumenischen Versammlung West dabei und war ganz erstaunt, unter welchen Kriterien da diskutiert wurde. Ich war enttäuscht und muß sagen, ich bin es jetzt auch, daß wir es nicht geschafft haben, diese Ideen in das ganze Deutschland, in die Kirche hineinzutragen. Aber das ist für mich kein Grund, meine Meinung zu ändern. Wenn ich das Papier der EKD lese, höre ich ganz deutlich Propst Falke heraus, der in Dresden bei der Ökumenischen Versammlung noch eindeutig für die "vorrangige Option" geredet hat und jetzt anfängt - vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß wir hilflos sind -, die Ultima ratio wieder einzuplanen; und das dürfen wir nicht. Damit brauchen wir keine Kraft zu verschwenden, sondern wir müssen deutlich machen, daß wir einen gewaltfreien Weg suchen, auch in dem Wissen, daß wir immer mit Gewalt leben, daß wir schuldig werden und das aushalten müssen. Die Kirchen haben diese Chance, und sie vergeben sie. Ich war mehrmals in Jugoslawien und habe mit Kirchenvertretern kroatischer und serbischer Seite diskutiert. Da mußte ich merken, daß ihnen einfach diese Erfahrungen fehlten. Ich saß einem serbischen Patriarchen gegenüber - er in seinem vollen Ornat mit seiner großen Bibel vor sich (er war auch in Basel Delegierter) - und habe ihn gefragt: "Dort haben Sie davon geredet, daß Kriege als

Mittel der Politik nicht mehr sein dürfen. Das war 1989. Wie stehen Sie heute dazu?" Und er antwortete: "Wir sind Christen. Ja, wir stehen dazu; aber - wir haben jetzt Krieg, und das ist eine andere Situation." Das hat mich enttäuscht. Ich kann verstehen, daß er in einer sehr schwierigen Situation ist und auch keine anderen Erfahrungen und keinen Vorlauf hat. Deswegen sehe ich es als um so wichtiger an, daß die Kirchen hier in Deutschland, wo wir keinen Krieg haben, anfangen, intensiv darüber nachzudenken, was wir gewaltfrei tun können, und nicht darüber, ob wir eine Ultima ratio brauchen.

SCHEFFLER: Es ist unverzichtbar, daß wir an der Einsicht festhalten, die für Christen gar nicht so alt ist, sondern recht neu. Das Vorzeichen vor dem Evangelium ist ein pazifistisches. Wenn wir in die Geschichte der Kirchen schauen, müssen wir sagen, daß auch christliche Religion eher zur Verherrlichung und zur Durchführung von Kriegen beigetragen hat, als das Gegenteil. Drewermann hat ein spannendes Buch geschrieben, "Christentum und Krieg". Er zeigt auf, daß Religion - besonders die christliche - eher den Krieg fördert als den Frieden. Wie kommt das? Wenn wir das jetzt in der Ökumene erkannt haben, so liegt das an den Erfahrungen zweier Weltkriege in Europa in diesem Jahrhundert. Krieg ist kein Mittel der Politik mehr. Wir als Kirche, als Christen besinnen uns darauf: Das Vorzeichen vor unserem Dienst und unserem Auftrag ist das pazifistische. Das muß festgehalten werden, und deswegen bin ich enttäuscht, wenn Kirchenführer - wie Frau Müller es erzählt - wieder in alte kirchliche Strukturen zurückfallen, die ich eigentlich für überwunden angesehen habe.

Aber nun zum Gedanken der Ultima ratio. Wenn wir uns als Kirche, als Gemeinde Jesu Christi darauf beschränken, miteinander Gottesdienst zu feiern und die Sakramente zu erleben, aber darauf verzichten, Menschen unter uns in allen nur erdenkbaren Berufen auch für den Dienst in der Welt auszurüsten, könnten wir sagen; "Ja, wir leben dieses pazifistische Vorzeichen äußerst konsequent." Aber wir versuchen - auch in einer Ordnung der Trennung von Kirche und Staat - als Christen in öffentlichen Berufen Verantwortung zu übernehmen - Verantwortung zu übernehmen für eine Welt, die nicht pazifistisch, nicht ausschließlich friedlich ist, die - wie die "Barmer Thesen" sagen - eine "unerlöste Welt" ist, in der Staat und Kirche in gleicher Weise existieren. Wir als Christen, als Kirche sollten die Menschen, die in Militär, in öffentlicher Verwaltung, in privater Wirtschaft Verantwortung übernehmen wollen, so zurüsten, daß sie dies tun können. Dann kann es nur eine Konsequenz für unser Thema geben: Das pazifistische Vorzeichen ist dick zu unterstreichen. Es muß aufgezeigt werden - und das hat Andreas Buro in seinem Vortrag in großartiger Weise getan -, wie eine politische Ordnung unter dem Zeichen des Pazifismus gestaltet werden kann. Unter diesem Vorzeichen ist dann zu fragen: Wenn das in bestimmten Situationen aber nicht geht - was ist dann das äußerste Mittel? Erst dann kommt der Gedanke der Ultima ratio, das äußerste Mittel, um übergreifende, brachiale Gewalt einzudämmen oder zu verhindern. Ich sage gleich dazu: Der Krieg ist dann kein Mittel. Ob das Militär, so wie es heute organisiert ist, als Mittel dazu noch reichen kann, ist mir eine

Frage. Wir können nicht die, die über dieses äußerste Mittel nachdenken, diskreditieren, indem wir sagen, sie dürfen das nicht tun; und wenn sie das tun, seien sie außerhalb unserer christlichen Gemeinschaft.

FISCHBECK: Gewiß dürfen wir ihnen das nicht verbieten. Christen sollen das tun, das glaube ich schon. Aber: "Zuerst trachtet nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit", und das ist die Aufgabe der Kirche. Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, zuerst über die Ultima ratio nachzudenken, Aufgabe der Christen schon, denn Christen sind ja auch Staatsbürger. Christen sind unter Umständen auch in der Bundeswehr tätig, und die sollen sich sehr wohl Gedanken darüber machen; aber erst in zweiter Linie. "Zuerst trachtet nach dem Reich Gottes", und dann empfängt ihr von daher auch die Richtungsangaben, in der ihr nachdenken sollt. Wir aber stellen folgendes fest: Zuerst wird über die letzte Möglichkeit nachgedacht, und das fast ausschließlich. Am allermeisten Geld wird für die Ultima ratio ausgegeben, von der es heißt, sie sei die äußerste Ausnahme überhaupt (Beifall aus dem Plenum), und zwar so viel, daß für das, was zuerst geschehen soll, fast kein Geld mehr übrig ist.

HARTENSTEIN: Es ist in der Bibel ja von der Ultima ratio die Rede: "Der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Ratio ...". Das heißt, wir dürfen dieses Wort natürlich ernstnehmen und sagen: Der Kirche ist das Zeugnis für die höhere Vernunft aufgegeben, und die Ultima ratio Gottes ist eine andere als die Ultima ratio unserer Angst und Verzweiflung. Die politische Ultima ratio ist eine Frucht des Unglaubens, und wenn wir Jesus anschauen, dann hat er nicht irgendwelche Weisheiten von sich gegeben, sondern den Anbruch des Reiches Gottes gelebt. Dazu gehört, daß er zu seinen Jüngern sagt: "Steckt das Schwert weg!", und daß er bereit war, sich durch das Schwert am Kreuz umbringen zu lassen. Wir sollten es uns theologisch nicht zu leicht machen und sagen: "Ja, das eine gilt und das andere muß man dann auch." Sondern die Ultima ratio Gottes ist Jesus Christus, und da sieht es ganz anders aus.

TEMPEL: Ich möchte gerne den Ansatz von Annemarie Müller, von ihren eigenen Erfahrungen zu sprechen, verstärken. Ich schätze die Bibel für mein Leben sehr, aber ich weiß auch, daß ich Gegensätzliches herausholen kann. Wir alle wissen genau, daß jede nur denkbare politische Situation auch durch Bibelsprüche zu belegen ist. Ich habe manchmal Sorge, als trauten wir nicht dem Spruch, der als Kirchentagsmotto ausgewählt worden ist: "Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist." Horchen wir doch in uns hinein, horchen wir auf die Menschen neben uns, und dann wissen wir, wohin die Sehnsüchte und Wünsche gehen und wo wir eigentlich auch unsere Kraft einsetzen möchten. Ich möchte ermutigen, keine Bibelsprüche zu definieren, sondern wirklich zu sagen, wo Ihre eigene Position ist. Wie können wir am besten zur Befriedung der Welt beitragen? Sie bedauern, daß die Welt nicht so ist, wie Sie sie sich wünschen. Was können wir konkret tun? Ist Militär der ge-

eignete Weg, um weiterzukommen, oder gibt es andere Ansätze? Was tun wir, um diesen Ansätzen zum Durchbruch zu verhelfen? Das ist die Aufgabe.

FETKÖTER: Mir ist es wichtig, noch einmal auf Begriffe hinzuweisen. Herr Schulz hat bei seinem ersten Beitrag von "Streitkräften" und "Spielregeln" gesprochen. Das ist eine Verharmlosung. Militäreinsätze bedeuten Krieg, da kommen wir nicht drumherum. Streiten können wir auch auf einer anderen Ebene und mit anderen Institutionen; dazu brauchen wir kein Militär. Wo findet denn der eigentliche Streit um unterschiedliche Positionen statt? Ich glaube, daß ganz andere Interessen hinter den Militärstrategien und auch in der neuen Entwicklung von Waffensystemen stehen. Dahinter steht nicht der Streit um Menschenwürde und Menschenrecht, sondern es sind wirtschaftliche und politische Machtinteressen (Beifall). In den Arbeitsgruppen haben wir über Möglichkeiten geredet, wie wir "Spielregeln" erproben und ausdenken können auf Ebenen der Friedens- und Konfliktforschung, die nichts mit dem Militär zu tun haben.

SCHULZ: Vielleicht ist es einfach zu sehr Selbstverständlichkeit, daß ich vorher versuche, z. B. mit Spielregeln gewaltfreie Lösungen anzustreben. Deswegen machen Spielregeln trotzdem nur dann einen Sinn, wenn sich jeder daran hält; und Sie müssen eine Antwort darauf haben: Wie reagiere ich, wenn sich einer oder mehrere nicht an die Spielregeln halten und auch durch Überzeugungsarbeit und Kommunikation nicht davon zu überzeugen sind?

Eine Frage an Herrn Scheffler. Es gibt nicht nur katholische, evangelische, anglikanische und orthodoxe Christen, sondern auch afrikanische, französische, südamerikanische. Inwieweit ist denn diese Diskussion repräsentativ für die Christen? Führen wir als kleine deutsche evangelische Minderheit eine Diskussion, bei der uns die Masse der anderen Christen mit Kopfschütteln gegenübertritt?

SCHEFFLER: Das glaube ich nicht. Über unserer Diskussion steht der Leitsatz, "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein". Dieser Satz steht in einer ökumenischen Erklärung, die 1948 von allen Kirchen - mit Ausnahme der orthodoxen und katholischen Kirche - unterschrieben worden ist. Ein Satz, der übrigens - uns wird ja als Kirche oft vorgeworfen, wir wären illusionär - zur gleichen Zeit in der politischen Welt sinngemäß in der Präambel der UN-Charta festgeschrieben ist: "Der Krieg ist die Geißel der Menschheit, die es zu überwinden gilt." Die orthodoxen Kirchen haben sich ja inzwischen dem Weltrat der Kirchen angeschlossen und damit die grundlegenden Texte des Weltrates der Kirchen, des Ökumenischen Rates bejaht. Für die katholische Kirche wurde seit in dem 2. Vatikanum genau der Prozeß nachvollzogen - die Pastoralkonstitution "Gaudium in spes". Sie spricht inhaltlich aus, was 1948 für die Evangelischen in Amsterdam formuliert wurde: die Ächtung des Krieges. Es gibt Minderheiten in den Kirchen, wie man jetzt im Balkan-Konflikt in der serbisch-orthodoxen Kirche er-

lebt, die den Krieg dann doch wieder als ein Mittel der Politik tolerieren oder legitimieren wollen. Aber die große ökumenische Gemeinschaft hat den Krieg geächtet; und ich betone noch einmal: nicht nur die ökumenische kirchliche, sondern auch die politische Gemeinschaft. Man sollte Militärs und Politiker daran erinnern, daß das kein "kirchliches Sondergut", sondern UN-Gedankengut ist.

N. N.: Als ich ein junger Soldat war, bin ich - das böse Wort muß ausgesprochen werden - zum "potentiellen Mörder" erzogen worden. Damals hieß es nämlich nicht "kleckern", sondern "klotzen", und zwar mit Waffen, mit Massenvernichtungsmitteln. Ein General Schwarzkopf war vor zwei Jahren nicht nur "potentieller Mörder", sondern nach meiner Überzeugung "Mörder". Meine Frage an Herrn Schulz ist nun: Ist ein Angehöriger der Streitkräfte der NATO, die heute noch für den Ersteinsatz von Atomwaffen plädiert, nicht auch "potentieller Mörder"?

N. N.: Herr Schulz, Sie haben erwähnt, das Militär müsse für Gerechtigkeit eintreten, und nannten die 52 Kriege. Diese Kriege sind aber zum größten Teil Bürgerkriege, und da ist das Militär nicht auf seiten der Gerechtigkeit, sondern auf seiten der Mächtigen und unterdrückt meistens Gerechtigkeitsbewegungen von unten.

DIERLAMM: Ich knüpfe daran an, weil ich nicht nur als Kritiker, sondern als Bürger, und nicht nur von der Bibel, sondern von der Vernunft her von - in meinen Augen - vernünftiger Politik sprechen möchte. Deshalb möchte ich noch einmal auf die Frage der Ultima ratio und die im Sinne von "Barmen 5" eingehen, einem wichtigen Bekenntnis unserer Landeskirche, wo es heißt, daß der "Staat unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden sorgen" solle. Ich habe in unserer Arbeitsgruppe eine These vorgetragen, die keinen Konsens erzielt hat und hier wahrscheinlich auch keinen erzielen wird, die aber für das Weiterdenken hoffentlich nützlich ist. Ich versuche, eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen Militär und Polizei zu treffen. Dies bedeutet nicht, wie in unserer Arbeitsgruppe wohl befürchtet wurde, daß ich statt des Militärstaates einen Polizeistaat will. Es bedeutet aber, daß wir in dieser "noch nicht erlösten Welt" die Notwendigkeit eines zivilen Rechtsdurchsetzungssystems anerkennen. Das Wort "Rechtsdurchsetzungssystem" taucht in den neuen "Orientierungspunkten" auf. In normalem Deutsch: Noch können wir ohne Gerichtsinstanz und Zwangsvollstreckung notfalls auch durch die Polizei nicht leben. Das zivile Rechtsdurchsetzungssystem ist die Ultima ratio, das Äußerste, was wir an staatlicher Gewalt tolerieren können. Bevor dieses Mittel aber zum Einsatz kommt, müssen alle Möglichkeiten und Formen gewaltlosen Umgangs miteinander eingeübt werden - tausendmal gewaltfrei, bevor wir einmal nach Zwangsvollstreckung rufen.

Dasselbe noch in einem zweiten Gedankengang. Wir räumen ein, daß wir uns in der "noch nicht erlösten Welt" den Prinzipien der absoluten Gewaltlosigkeit nicht verschreiben können. Das war das

Referat von Rainer Strunk. Wie aber können wir dem entgehen, daß die militärische Ultima ratio überall in der Welt zu jeder Zeit das Fiasko und die Katastrophe erzeugt? Gegen dieses drohende Fiasko muß durch politische Entscheidung eine Grenze aufgerichtet werden, die nicht überschritten werden darf. Es ist nicht der Grenzfall zu konstatieren, der die Schleuse zu unbegrenzter militärischer Eskalation öffnet. Sondern es ist eine Grenze zu ziehen, damit die Schleuse nicht wieder geöffnet werden kann. Und diese Grenze - jetzt bin ich wieder ganz bei unserem Ziel - kann dadurch gezogen werden, daß eine politische Entscheidung gegen die Produktion und Anwendung von Kriegswaffen erfolgt. Das ist das Ziel unserer Arbeit.

WELLER: Es gibt große Sympathie für gewaltfreie Methoden und Möglichkeiten. Es werden aber auch Möglichkeiten und Mittel angesprochen, die durchaus davon abhängig sind, ob sie über die Androhung oder auch den Einsatz von einer Art Polizeikräften (vorsichtig gesagt) durchgesetzt werden. Embargomaßnahmen sind häufig ein typisches, für diese wirtschaftlich so vernetzte Welt möglicherweise sehr effektives Mittel. Embargomaßnahmen aber - das wissen wir seit dem Golf-Krieg und im Fall des ehemaligen Jugoslawien - sind nur dann effektiv, wenn sie durch "polizeiliche" Mittel effektiv gemacht werden. Wie halten wir es mit solchen Gewaltapparaten? Sind sie zur Durchsetzung gewaltfreier Mittel akzeptabel, hilfreich, gerechtfertigt? Oder müssen wir so radikal sein, zu sagen, auch in einem solchen Fall sei die Eskalationsgefahr von hierarchisch organisierten Gewaltapparaten zu groß, als daß wir uns darauf einlassen könnten?

FISCHBECK: Wenn ein Embargo beschlossen worden ist, dann würde ich das als eine Rechtssetzung des Weltsicherheitsrates ansehen, die aus sehr guten Gründen durchgesetzt werden muß. Es sollte eine Art Sanktionsmacht geben. Doch analog dazu muß es dieselbe Grenze geben wie im demokratischen Rechtsstaat auch. Die Polizei darf nicht töten. Nicht einmal die Todesstrafe ist in den meisten zivilisierten demokratischen Rechtsstaaten - es gibt Ausnahmen - erlaubt. An dem Lebensrecht, dem elementarsten Menschenrecht, muß eine solche Sanktionsgewalt ihre Grenze haben. Deswegen kann Militär - solange es die Tötungsinstrumente verwaltet und einsetzungsbereit halten soll - kein Mittel solcher Politik sein.

Aber es wird meistens viel allgemeiner davon gesprochen, daß analog zu dem Gewaltmonopol des Staates eine "internationale Sanktionsmacht" zur "Durchsetzung des guten Rechts" (wie etwa Brakelmann formulierte) gebraucht würde. Es gibt die Formulierung - die meines Wissens von Militärdekan Blaschke geprägt wurde -, man müsse "Krieg als Rechtsvollzug zulassen, damit Recht unter allen Umständen durchgesetzt wird". Welches Recht? Wenn man ein wenig weiterfragt, dann ist das Recht, um das es hier geht, ein Recht, das rechtmäßig die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden läßt und damit die Konflikte erzeugt. Menschenrechte werdem verletzt, um Macht zu erhalten - Macht, die sich meistens militärisch schützt. Andererseits sollen Menschenrechte durch Militär geschützt werden. Wir stehen vor der Situa-

tion, daß es Militär gibt, weil es Militär gibt; daß es Waffen gibt, weil es Waffen gibt. Das ist so etwas wie ein Teufelskreis, der durchbrochen werden muß. Darüber müssen wir zuerst nachdenken.

SCHEFFLER: Da ich kein Radikalpazifist bin, kann ich die Frage von Herrn Weller nach der Akzeptabilität von Gewaltapparaten mit "ja" beantworten. Ich knüpfe an die Ausführungen zu "Barmen 5" von Pfarrer Dierlamm an. Die "Barmer Erklärung" gehört zu den Bekenntnissen, auf die ich als rheinischer Pfarrer ordiniert bin. Ich stimme zu, daß der Staat die Aufgabe hat, in der "noch nicht erlösten Welt", in der auch die Kirche steht, durch Bereithalten und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Aber "Barmen 5" heißt nicht, daß diese Gewalt Militär sein muß und daß die Ausübung Krieg bedeutet. Ich ziehe die Konsequenz: Krieg kann das Mittel, um das es dann geht, nicht sein. Ich unterscheide mich an der Stelle von anderen Militärseelsorgern. Clausewitz hat nicht nur den oft zitierten Satz gesagt, daß der "Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" wäre. Er sagte auch, daß der Krieg in sich immer einen Zwang zur Eskalation der Gewalt hätte. Krieg ist kein Mittel mehr, um ein Embargo und andere Situationen zu bereinigen, die nur mit Gewalt zu beherrschen sind. Deswegen ist meine Forderung, daß an Stelle des internationalen Kriegsvölkerrechts eine Rechtsstruktur geschaffen wird, die ich als "internationales Polizeirecht" benennen will, für die dann Kriterien der Minimierung von Gewalteinsatz gelten, wie das auch im innerstaatlichen Polizeirecht der Fall ist. Auch da gibt es den Gedanken der Ultima ratio, nämlich in der Situation des "finalen Todesschusses". In ganz begrenzten Situationen müßte das dann auch nach internationalem Polizeirecht möglich sein. Es mag sein, daß der Begriff "Militär" so mit der Geschichte der Kriege und der Menschheit belastet ist, daß man einen neuen Begriff braucht, um das, was mir vorschwebt, umzusetzen. Der Vordenker Wolfgang Voigt, ein wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr, sagt: "Gehen wir doch mal daran und bauen das Militär um zum 'Politär'." Ob es jetzt gut ist, so zu argumentieren, lasse ich mal offen. Aber der Weg ist angezeigt.

Das hat natürlich auch Konsequenzen für die Rüstung. Es wird nicht heißen können, wir könnten auf alle Waffen verzichten; aber es wird heißen, daß bestimmte Rüstungssysteme, die in der Vergangenheit Kriegsführungssysteme gewesen sind, obsolet sind und wir andere Systeme brauchen. Nun ist nicht die Kirche die Organisation, die da unbedingt operativ, strategisch und taktisch denken muß. Aber solange staatliche Einrichtungen das nicht tun, ist es für kirchliche Gruppen angemessen, vorzudenken und Wege zu weisen, die Verantwortung aber an Staat und Politik zu geben. In dem Sinne fühle ich mich genau wiedergegeben in dem, was Sie, Herr Dierlamm, ausgeführt haben.

MÜLLER: Ich bin der Meinung, daß ein Embargo ohne Militär durchgeführt werden müßte. Ich bin auch der Überzeugung, daß die "Blauhelme" dazu eigentlich nicht in der Lage sind, weil sie als militärische Armee ausgerüstet werden. Sie müssen ganz anders auf

diese Arbeit vorbereitet werden. Ich habe erlebt, daß "Blauhelm"-Gruppen z. B. die "gelben Zonen" zwischen Kroatien und Serbien nicht nur entmilitarisiert, sondern auch ihre eigenen persönlichen Rechte ausgenutzt und damit viel Unfrieden gebracht haben. Ich denke, eine solche Gruppe - es könnte Polizei sein - muß anders vorbereitet werden. Militär ist für mich immer gleichbedeutend mit Töten. Wir müssen davon ausgehen, daß Konfliktlösung dem anderen - dem Feind - die Chance zum Überleben geben muß. Militär gibt diese Chance nicht; das ist mir gestern sehr deutlich geworden. Konflikte können wir nur lösen, wenn wir sie gemeinsam lösen, wenn eine Zukunft offen ist. Welche Zukunft haben die Serben? Ich will die Serben nicht verteidigen; aber sie haben das Gefühl, keine Zukunft mehr zu haben. Deswegen müssen sie sich mit allen Kräften verteidigen. Wenn sie nicht an irgendeiner Stelle spüren, daß sie auch noch als Menschen akzeptiert werden, dann können sie einfach nur kämpfen, und das können sie bis zum letzten Mann; die geben ihr Leben hin. Das muß man berücksichtigen. Wir sind in einem Zeitalter, wo wir vernunftbegabt sein müßten; wir sind es nicht. Wir müßten neue Methoden lernen. Das, was wir haben, müssen wir "über Bord werfen" und einfach Mut haben, etwas ganz Neues zu denken; und da kann ich nicht am Militär weiterdenken. Ich muß neue Zukünfte entwickeln.

SCHULZ: Mir begegnen hier doch viele Vorurteile. Nur weil ich als Staatsbürger in Uniform hier sitze und das Beispiel "China" erwähne, muß man mir doch nicht unterstellen - wie in der Pause geschehen -, ich wolle militärisch in China eingreifen. Wenn man hier über Gewaltfreiheit spricht, wäre es gut, Aggressionen zu zügeln, Gewaltfreiheit zu praktizieren. Hat es irgend etwas mit Gewaltfreiheit zu tun, wenn man einen Gast hier auf dem Podium als "potentiellen Mörder" bezeichnet? Ist das der Weg zur Gewaltfreiheit? Viele Offiziere wären in dem Moment aufgestanden und rausgegangen. Über genau diesen Begriff ist in Frankfurt ein langes Gerichtsverfahren gelaufen. Weil ich den Urteilsspruch des Frankfurter Gerichtes genau gelesen habe, bleibe ich hier sitzen. Denn es besagt, daß man nicht von jedem Bürger annehmen kann, daß er weiß, daß "Mörder" immer Töten aus Niedertracht, aus Habgier meint, also aus niederen Motiven. Der Begriff "Mörder" wird in dem Fall umgangssprachlich gebraucht, nach dem Motto, "Ich nehme Töten billigend in Kauf". Das tut jeder, der sich nachher wieder in sein Auto setzt und auf die Autobahn begibt. Der ist nämlich ebenfalls ein "potentieller Mörder", weil er dieses "Töten billigend in Kauf" nimmt.

Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO, Massenvernichtungswaffen - das sind Bilder, die vor zehn Jahren richtig waren. In Kategorien von Sieg und Niederlage zu denken, ist mit Sicherheit nicht mehr aktuell. Wir brauchen eine Neudefinition von Politik. Wir haben zum erstenmal die Möglichkeit, auch die ganze Palette gewaltfreier Konfliktprävention zu nutzen; sie muß politisch nur umgesetzt werden. Aber das ist nicht mein Problem als Uniformierter; es ist mein Problem als Staatsbürger, daß ich Ihnen darin zustimme: Da wird zu wenig getan. Wir haben tatsächlich das erste mal die Chance, da eine ganze Menge mehr zu tun als früher, weil das durch den Ost-West-Konflikt behindert war.

Sie diskutieren ein Entweder-Oder: entweder Militär oder Gewaltfreiheit. Ich sage: Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Man kann die ganze Palette gewaltfreier Konfliktprävention ausnutzen; aber man muß dann letztendlich auch zu einer Neudefinition von Militär kommen. Wenn Sie von einer Weltinnenpolitik sprechen, die nach dem Beispiel eines demokratischen Rechtsstaates organisiert sein soll, dann werden Sie für diese Weltinnenpolitik auch einen Weltpolizisten brauchen, und zwar organisiert aus allen möglichen Staaten gemeinsam, so wie es Buthros Ghali in seiner "Agenda for Peace" vorgeschlagen hat: eine schnelle Eingreiftruppe, die man dann möglicherweise zur Weltpolizei ausbauen könnte. Der Vorschlag ist über 200 Jahre alt. Das ist schon in der "Schrift zum ewigen Frieden" bei Kant nachzulesen. Aber Kant sagt: Eine Bedingung, daß das funktioniert, ist, daß die Staaten der Welt demokratisch regiert sind. Von den 192 Staaten, die wir zur Zeit haben, kann man mit viel Liebe und Toleranz nur etwa 70 Staaten als demokratisch einstufen. Daran zeigt sich, was für ein weiter Weg vor uns liegt. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn die Grünen sagen: "Unser langfristiges Ziel ist die Abschaffung der Bundeswehr." Wenn wir die Welt so organisiert bekommen, daß ich da zustimmen kann, wäre das wunderbar. Aber Sie brauchen doch eine Antwort auf jetzt und heute und darauf, wie Sie den Übergang dahin gestalten wollen. Wenn es Embargobrecher gibt, dann kann man möglicherweise ein Embargo konsequent nur dann durchsetzen, wenn dort Leute mit der Waffe in der Hand stehen. Wenn man in die Richtung denkt: Militär kann möglicherweise Schlimmeres bei einem Embargo verhindern, kann Zeit für friedliche demokratische Maßnahmen gewinnen - dann wäre das der richtige Weg. Es lohnt sich, ab und zu auch die Reden des politischen Gegners zu lesen. Rühle sagt in allen Reden: "Militär kann keine Probleme lösen; aber Militär kann im Moment - wenn es um UNO-Einsätze geht - Zeit gewinnen." Geschehen in El Salvador, geschehen in Angola, und es geschieht zur Zeit - was kaum jemand wahrnimmt - in Mocambique und ist erfolgreich verlaufen in Kambodscha. Man hätte dort die Wahlen nie sauber über die Bühne bekommen, wenn nicht die UNO gewesen wäre, und zwar auch mit militärischen Kräften.)

N. N.: Das Militär ist ein ganz gefährliches Instrument. Deshalb möchte ich besonders diejenigen fragen, die in der Bundeswehr Dienst tun, wie sie mit ihrem Gewissen vereinbaren können, eigene Entscheidung mit dem Eintritt ins Militär praktisch an die Hierarchie abzugeben. Die Befehle sind auszuführen, die die Hierarchie gibt, welche Interessen die Militärs und die Politiker auch immer verfolgen. Das wäre mir viel zu gefährlich und zu undurchsichtig, als daß ich voll hinter dem Militär stehen könnte.

Herr Schulz sagte noch zu Kant: Die Demokratie sei die Voraussetzung für Frieden. Kant war auch sehr kritisch gegenüber der Demokratie. Er hat formuliert: Demokratie kann zu einer Diktatur der Mehrheit ausarten." Deshalb hat er die republikanischen Grundrechte sehr betont, und darunter verstehe ich Minderheitenschutz, Schutz für die Schwachen, Rechtsetzung, Gerechtigkeit nicht nur für die Starken.

SCHÄFER: Was mir bei dieser Diskussion schwerfällt, ist, daß wir die ganze Zeit über die Ultima ratio reden und nicht über die Prima ratio, was wir eigentlich tun müßten. Im Mittelpunkt müßte stehen: Wie lernen wir gewaltfreie Konfliktlösung? Welche Mittel können wir für Friedens- und Konfliktforschung zur Verfügung stellen? Woher könnten die kommen? Wie hätten wir - das wäre doch eine Überlegung wert - die Rahmenbedingungen schaffen können, damit die Menschen (die im ehemaligen Jugoslawien miteinander Krieg führen) eine andere Möglichkeit sehen? Hätten wir nicht unsere Grenzen für Deserteure, die diesen schmutzigen Krieg nicht mitmachen wollen, und für Flüchtlinge öffnen müssen? Dahin hätte unsere Diskussion gehen müssen.

WELLER: Solche Diskussionen haben es an sich, daß sie immer in viele Richtungen gehen könnten, aber nur eine oder zwei letztendlich einschlagen können. Ich kann es noch nicht recht einschätzen, welche Richtung unsere Diskussion genommen hat. Das soll meine letzte Frage an die sein, die hier auf dem Podium sitzen: Was nehmen Sie aus dieser Tagung mit diesem ganz spezifischen Publikum mit? Welche Anfragen, die Sie heute gehört haben, sind Ihnen wichtig? Welche Überlegungen sind möglicherweise in welche Richtung zu intensivieren?

SCHULZ: Wenn Sie ein Wochenende über die gewaltfreien Möglichkeiten diskutiert und sich zum Schluß ausdrücklich einen Offizier auf das Podium geholt haben, wieso sagen Sie dann, über die Rolle, die er einnehmen kann, wollen Sie eigentlich gar nicht diskutieren? Dann beinhaltet das doch, daß Sie bereit sind, über diese Ultima ratio zu diskutieren.

Die Politik im Kalten Krieg war wie eine Waage - in der linken Waagschale der Westen, in der rechten der Osten. Wenn in die eine Schale fünf Kilo geworfen wurden, bekam die andere viereinhalb Kilo dazu, und dann war alles wieder im Gleichgewicht. Man nannte das "Gleichgewicht des Schreckens". Wenn man in diesem Fall Sicherheit als Brücke darstellt, dann war das eine sehr fest betonierte Brücke ohne Gegenverkehr, die Pfeiler waren die militärische Bedrohung. Zur Zeit des Ost-West-Konfliktes war alles auf die militärische Bedrohung aus dem Osten ausgerichtet. Wir haben in der Innenpolitik einen Radikalenerlaß gehabt; wir haben unsere Außenpolitik danach ausgerichtet. Wir haben sogar der "freien Marktwirtschaft" vorgeschrieben, daß sie bestimmte Hightech-Güter nicht in den kommunistischen Machtbereich liefern darf. Wir haben unsere Entwicklungshilfepolitik danach ausgerichtet - da war Außenpolitik wirklich militarisiert. Aber diese Situation hat sich seit 1989 grundlegend verändert. Das Bild der Waage funktioniert nicht mehr; vielleicht können wir das Mobile als Bild nehmen, wenn wir von unserem europäischen Standpunkt ausgehen: bei Veränderung um fünf Gramm kann das ganze Mobile schon zusammenbrechen. Wenn man heute Sicherheit als Brücke zeichnen müßte, dann würde ich mir eine Hängebrücke vorstellen; eine etwas wackelige Angelegenheit, aber immerhin schon mit Gegenverkehr und auf Säulen, die nicht nur aus Bedrohung bestanden: Ich nenne nur stichwortartig gemeinsame Bildungs- und Umweltfragen. Das sind

alles Möglichkeiten, die wir zum erstenmal haben und die wir nutzen sollten.

Aber wenn ich hier in Uniform sitze, dann muß ich fordern, daß wir von der Weiterentwicklung des Völkerrechts sprechen. Deshalb zum Abschluß ein Vergleich. Wir kennen im Bürgerlichen Gesetzbuch das "Recht auf Notwehr", kennen die "Pflicht zur Nothilfe" und den "Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung". Die Diskussion um die Ultima ratio ist folgende: Wir kennen im Völkerrecht das "Recht auf Notwehr" (Artikel 51, UN-Charta). Wir kennen die "Möglichkeit der Nothilfe", aber nicht die "Pflicht der Nothilfe". Wenn es den "Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung" im Völkerrecht gäbe, dann hätte Jugoslawien seit zwei Jahren alles Recht der Welt, vor den internationalen Gerichtshof zu ziehen. Wenn ich eine Weltinnenpolitik will, werde ich auch so eine Art Weltpolizisten brauchen, und der wird durch eine neue Rolle von Militär definiert - so stelle ich mir das vor.

FISCHBECK: Eine solche Weltpolizei müßte aber natürlich an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gebunden werden. Ich bin der Meinung, daß Militär nach Hiroshima absolut unverhältnismäßig geworden ist, und man kann moderne Waffen - selbst wenn sie nominell als konventionell gelten - durchaus auch als "Massenvernichtungswaffen" bezeichnen; das ist das Problem. Wenn also Militär zu einem "Politär" umgewandelt werden soll - darin steckt eine Vernunft, das will ich nicht leugnen -, dann gehört das zuallererst dazu.

Was wir hier in diesem kirchlichen Raum m. E. weiterdiskutieren müßten, ist, daß wir die Eierei, die in dieser EKD-Schrift in bezug auf den Umgang mit Atomwaffen steht, überwinden müssen. Denn noch im Jahre 1981 wurde gesagt, daß eine Verteidigung mit Atomwaffen noch möglich, aber gebunden sei an die gegenwärtige Weltlage, und die ist vorbei. Dazu - finde ich - muß die Kirche etwas sagen. Statt dessen wird aber in diesen "Orientierungspunkten" gesagt, da gebe es Durchsetzungsprobleme, und da sehe man wieder nur das Einerseits und Andererseits. Nein, jetzt ist endgültig der Zeitpunkt gegeben, wo ein "Nein ohne jedes Ja" gesprochen werden muß.

SCHEFFLER: Wir waren angefragt, auf diesem Podium eine Antwort auf die Frage zu geben, ob der Krieg wieder ein Mittel der Politik sein kann. Es wurde bestätigt: Der Krieg ist kein Mittel der Politik mehr. Ich widerstehe allen Versuchen, in der Kirche - und manchmal auch beim Militär - besonders in der heutigen Politik die Renaissance des Krieges zuzulassen. Wir sollten genau hinhören, was von öffentlichen Repräsentanten - welcher gesellschaftlichen Gruppe auch immer - gesagt wird. Wir sollten aber auch wahrnehmen, daß Soldaten eher bei denen sind, die mir zustimmen, daß der Krieg kein Mittel der Politik ist, statt den Soldaten a priori zu verdächtigen, er wolle den Krieg führen. Die Gefahr sitzt - glaube ich - in Europa nicht bei den Soldaten, sondern bei den politisch Verantwortlichen. Gerade in diesem Superwahl-

jahr müssen wir Position gegen eine Militarisierung der Politik beziehen.

MÜLLER: Ich möchte meinen kurzen Eindruck von dieser Tagung wiedergeben. Ich bin auf Einladung hierhergekommen und dachte, es wäre interessant zu sehen, was im Westen passiert, da wir im Osten so wenig erfahren und uns vielleicht auch zuwenig Zeit dafür nehmen. Ich habe auch hier viele Freunde und Menschen getroffen, die sich mit gewaltfreien Möglichkeiten intensiv auseinandergesetzt haben und die friedensfähig sein wollen. Zum anderen erlebe ich aber heute auch die Spannung - und das hat Herr Schulz für mich sehr deutlich artikuliert -, daß wir uns zuwenig fragen, wie gewaltvoll wir selber sind und wie aggressiv wir eigentlich miteinander umgehen.

WELLER: Ich danke Ihnen allen für Ihre Beteiligung. Ich danke denen, die auf dem Podium saßen, denn das heißt ja auch, sich der Situation auszusetzen, angegriffen zu werden und Dinge zu sagen, für die man keinen Beifall bekommt, mit denen man trotzdem die Diskussion fördern will.

BUDZINSKI: Als Tagungsleiter will ich kein Schlußwort sprechen. Ich möchte Ihnen allen danken, daß Sie gekommen sind, daß Sie teilgenommen und mitgewirkt haben und wie Sie mitgewirkt haben.